

Bilanz 2020

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*



Bilanz 2020

Politische Erfolge des Wirtschaftsrates

Das Jahr 2020 brachte Herausforderungen in historischer Dimension. Der weltweite Ausbruch der Corona-Pandemie hat alle Volkswirtschaften tief erschüttert, und bereits jetzt zeichnet sich ab: Die ökonomischen Folgen werden dramatisch sein. Der Internationale Währungsfonds hat die schwerste globale Rezession seit der Weltwirtschaftskrise vor 90 Jahren prognostiziert. Dass gerade auch viele unserer internationalen Handelspartner besonders stark von der Corona-Krise betroffen sind, verschlechtert die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands zusätzlich.

Wie weitreichend die Folgen des Corona-Schocks sein werden, lässt sich bislang nur im Ansatz erahnen. Noch geht es um Krisenmanagement, vor allem um den Schutz der Gesundheit und des Gemeinwohls. Schon jetzt aber ist klar, dass das Erbe der Pandemiebekämpfung in höheren Schuldenbergen und mehr staatlichen Interventionen liegen wird. Es geht damit längst auch um den Erhalt unserer Wirtschaftsordnung!

Insbesondere nach den Kriseninterventionen wird es darum gehen, Maßnahmen aus den Notfallkoffern zeitlich zu befristen, damit daraus kein Anspruchsdenken entsteht. Es wird darum gehen, Begehrlichkeiten zu verhindern, denn mit einem Überbietungswettbewerb ruinieren wir unsere Staatsfinanzen. Vor allem muss Politik in dieser Situation der Versuchung eines Ausgabenrausches widerstehen. Denn sie trägt nicht nur Verantwortung für das Jetzt, sondern auch für die Zukunft und damit für die nachfolgenden Generationen unseres Landes! Der Staat – vorübergehend nicht mehr Schiedsrichter, sondern Mitspieler – gehört zurück auf seine Position, und wir müssen aufpassen, dass Krisenintervention nicht zur Dauermedikation wird!

Wir stehen heute an einem ganz entscheidenden Wendepunkt, der einzigartig in der deutschen Nachkriegsgeschichte sein dürfte. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die richtigen Weichen zu stellen, dann werden wir Vieles von dem, was wir uns jahrzehntelang erarbeitet und erwirtschaftet haben, aufs Spiel setzen. Dann wird das Versprechen von Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“ verwässert und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt Risse erhalten.

Dank Ihrer Unterstützung und Mithilfe vermochte der Wirtschaftsrat im zurückliegenden Jahr über seine Kommissionen und Arbeitsgruppen, ob auf Bundes- oder Landesebene, fundierte Handlungsempfehlungen und -konzepte zu erarbeiten und sowohl bei politischen Entscheidungsträgern als auch in der Öffentlichkeit zu platzieren. Allein unsere Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen haben weit über 300 Videokonferenzen organisiert, an denen über 7.500 Mitglieder teilnahmen. Auch der coronabedingt erste rein digitale Wirtschaftstag im November war mit einer Rekordbeteiligung von 10.200 Unternehmen ein großartiger Erfolg. Der Wirtschaftsrat wird als die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft wahrgenommen – auch infolge des geballten Engagements seiner über 12.000 Mitglieder. Er ist ein politisches Korrektiv und trägt aktiv zu einer sinnvollen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik bei.

Damit diese Aufgabe – gerade auch mit Blick auf das wegweisende Bundestagswahljahr 2021 – weiter kraftvoll gelingt, bitten wir um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2021

Astrik Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär



„Ich komme immer gern zum Wirtschaftsrat, weil dort Leute anwesend sind, die nicht nur theoretisch über die Themen reden, sondern wissen, wie die Dinge in der Praxis aussehen.“

Peter Altmaier MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

1. Europa

Auf Eigenverantwortung und Strukturreformen statt Schuldenpolitik gepocht

Inmitten der Corona-Pandemie und dem Aufbieten ungekannter Höhen von Finanzhilfen müssen wir in Europa eingedenk der Grundprinzipien von Wettbewerb, Eigenverantwortung und der Verknüpfung von Handlung und Haftung handeln – dies umso mehr, als wir das Geld der nächsten Generation ausgeben, das notleidende Empfänger morgen nicht aufbringen werden, wenn sie ihr Geschäftsmodell im Wettbewerb mit den USA und Asien heute nicht modernisieren. Wir benötigen eine schnellstmögliche Abkehr von der Schuldenpolitik und sicher keine Transferpolitik, um die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte anzugehen. Wir benötigen stattdessen eine Politik, die für entschlossene Reformen, verbindliche Regeln und innovative paneuropäische Projekte sorgt.

Für einen kraftvollen ordnungspolitischen Rahmen hat sich der Wirtschaftsrat im abgelaufenen Jahr wie folgt eingesetzt:

- Bei der Ausgestaltung des Recovery Fund hat der Wirtschaftsrat gemeinsam mit den „sparsamen Vier“ darauf gedrungen, dass verstärkt rückzahlbare Kredite statt direkte Zuschüsse eingesetzt werden und dass dies ein zeitlich begrenztes Instrument bleibt. Damit können eine ausufernde Schuldenpolitik und eine Transferunion verhindert werden.
- Der Wirtschaftsrat hat sich stetig dafür eingesetzt, dass die Corona-Krise kein Blankoscheck zum dauerhaften Schuldenmachen wird, die Regeln des Stabilitätspakts möglichst schnell wieder gelten, eine solide Haushaltsführung und Reformpolitik der Euro-Länder erwirkt



„Auch in schwierigen Zeiten muss die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft gehört werden. Der Wirtschaftsrat ist der Garant dafür.“

Friedrich Merz
Vizepräsident des Wirtschaftsrates

und den nächsten Generationen keine unbezahlbaren Schuldentürme hinterlassen werden.

- Die Währungsunion verlangt die Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Stabilitätsregeln: Der Wirtschaftsrat hat sich hartnäckig dafür stark gemacht, dass Handlung und Haftung zusammenfallen und Geld- und Fiskalpolitik wieder strikt getrennt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil einer ausufernden Geldpolitik wichtige Grenzen aufgezeigt, die der Wirtschaftsrat immer wieder gefordert hat.
- Der Wirtschaftsrat hat darauf gedrungen, dass die Debatte um die Einführung eines digitalen Euros in Ergänzung zum Bargeld schnell und konsequent geführt werden muss, damit gerade in Krisenzeiten Kostenersparnisse und Effizienzen im Wettbewerb mit den USA und China gewonnen werden. EZB und Kommission unternehmen nun mit dem Digital Finance Package konkrete Schritte, die der Wirtschaftsrat im Dialog gefordert hat.
- Der Wirtschaftsrat hat sich dafür engagiert, dass eine erneute Blasenbildung aufgrund staatlicher Eingriffe im Bankenmarkt unbedingt verhindert wird, und davor gewarnt, dass die EU-Kommission mit undurchsichtigen Rechtsakten ihrer grünen Taxonomie als nicht-finanzielle Kriterien bei der Kreditvergabe die Finanzstabilität gefährdet.

Unter dem Druck der Corona-Pandemie und der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und China werden die nächsten Jahre entscheidend dafür sein, welche Rolle Europa künftig im Weltgefüge einnehmen wird. Technologien und Standards made in Europe müssen weiterhin das Nonplusultra in der Welt bleiben. Nur mit einem „Europa des Wettbewerbs“ vermag die EU jedoch für die Prinzipien der Marktwirtschaft und des offenen Welthandels auf der Weltbühne selbstbewusst einzustehen.

2. Steuern und Haushalt

Steuerliche Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung durchgesetzt, durchgreifende Reformen eingefordert

Kaum ein anderer politischer Bereich war im Jahr 2020 so sehr durch die weltweite Corona-Pandemie geprägt wie die Steuer- und Haushaltspolitik. Ordnungspolitische Grundsätze, wie die Einhaltung der Schuldenbremse, wurden vom Bundestag gelockert, um die immensen Kosten zu tragen, die mit den Konjunkturprogrammen, Förderprogrammen und Ausgabenwünschen der einzelnen Ressorts verbunden waren. Umso unverständlicher ist es, dass der Bundesfinanzminister die längst überfälli-



gen Reformen im Bereich der Steuerpolitik nicht auf den Weg bringt, obwohl eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und seiner Unternehmen sichern würde. Trotz dieser Blockadehaltung konnte der Wirtschaftsrat folgende Maßnahmen durchsetzen:

- **Steuerpolitische Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung:** Nach anhaltenden Diskussionen konnte die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung und Ausweitung des Investitionsabzugsbetrages zur Förderung von Investitionen erreicht werden.
- **Keine Steuererhöhungen:** Der Wirtschaftsrat konnte mit seinem Engagement die Steuererhöhungspläne des Bundesfinanzministers bis dato verhindern.
- **Steuerliche Forschungsförderung:** Nach langjährigen Diskussionen konnte Deutschland den Rückstand bei der steuerlichen Forschungsförderung aufholen. Die Hartnäckigkeit des Wirtschaftsrates zahlte sich aus, ein entsprechendes Gesetz ist in Kraft getreten.

Auch abseits dieser konkreten Erfolge ist die Bilanz des Wirtschaftsrates in der Steuer- und Haushaltspolitik richtungsweisend:

- **Modernisierung der Unternehmensbesteuerung:** Der Wirtschaftsrat hat ein Konzept für eine durchgreifende Unternehmenssteuerreform in der Post-Corona-Zeit entwickelt.
- **Rückkehr zur nachhaltigen Haushaltspolitik:** Im haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Wirtschaftsrat mit Eckhardt Rehberg einen Partner für die schnellstmögliche Rückkehr zur Schuldenbremse gefunden. Reformvorschläge für einen (wieder) ausgeglichenen Haushalt wurden vom Wirtschaftsrat eingebracht.

Auch 2021 wird sich der Wirtschaftsrat für eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung, der Verständigung auf ein Belastungsmoratorium und der Rückkehr zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik einsetzen. Gleichzeitig stehen die Reform der Erbschaftsteuer und der Abbau von Bürokratiebelastungen auf der steuerpolitischen Agenda.

3. Außenhandel

Wichtige Impulse für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft geben

In einer unter anderem durch die Corona-Pandemie, den Rückzug der USA und die Krise des Multilateralismus zunehmend fragmentierten und von Protektio-



„Die digitale Transformation wird nur klappen, wenn auch der Mittelstand umsetzt, was wir Industrie 4.0 nennen. Da bitte ich den Wirtschaftsrat um Unterstützung.“

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

nismus geprägten Welt muss die EU eine gemeinsame Strategie entwickeln, um ihre Souveränität zu stärken und Antworten auf die globalen Herausforderungen zu finden. Gleichzeitig stellt das neue ASEAN-China-Freihandelsabkommen (RCEP) einen dringenden Weckruf für die EU dar.

Der Wirtschaftsrat setzte sich dafür ein, dass Deutschland und Europa ihre freiheitliche Wirtschaftsordnung im Verhältnis zu den Großmächten USA und China durchsetzen müssen. Folgende Forderungen konnte der Wirtschaftsrat offensiv in die politische Debatte einbringen:

- **Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China:** Nach über 30 Verhandlungsrunden wurden endlich Fortschritte (über geographische Angaben) in den Verhandlungen zwischen der EU und China für ein Investitionsabkommen erzielt. Diesen Rückenwind gilt es mitzunehmen. Der Wirtschaftsrat hat und wird hierzu weiterhin wichtige Impulse geben.
- **Vorantreiben weiterer Freihandelsabkommen mit strategischen Partnerländern wie Australien, Chile, Indonesien, Neuseeland und die Philippinen.** Engere Handelsbeziehungen mit Indien, Asean und afrikanischen Staaten sind für die deutsche Wirtschaft ebenfalls von großer Bedeutung,
- **Modernisierung des WTO-Regelwerks, Stärkung der Neubesetzung der WTO-Berufungsinstanz,**
- **Neuausrichtung und Festigung der transatlantischen Beziehungen im Rahmen eines Industriegüterabkommens (mittelfristig) und umfassenden Handelsabkommens (langfristig).**

Zu erwarten ist, dass auch im kommenden Jahr die globalen Spannungen zwischen den großen Wirtschaftsmächten weiter andauern werden. Gleichzeitig besteht die Chance für Europa, auf die neue US-Administra-



„Über das Engagement des Wirtschaftsrates und seine Kritik freue ich mich – das brauchen wir als Bundesregierung.“

Andreas Scheuer MdB
Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur



„Wir wollen Deutschland zu dem großen Innovationstreiber der Zukunftstechnologie Künstliche Intelligenz in Europa machen. Dieses Ziel teilen wir mit dem Wirtschaftsrat, der immer wieder gute Impulse liefert.“

Anja Karliczek MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

tion zuzugehen und die eigenen Streitigkeiten (Boeing/ Airbus u.v.m.) zu entschärfen. Nur mit einer EU, die entschlossen und geschlossen auftritt, haben unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb eine hörbare Stimme. International gilt es nun vor allem, den Protektionismus gerade in Zeiten der Corona-Krise zu bewältigen, das EU-Mercosur-Abkommen sowie ein EU-China-Investitionsabkommen voranzutreiben und die zukünftigen Beziehungen mit UK nachhaltig zu regeln. Europa sollte der Vorreiter in der internationalen Handelspolitik werden. Um den Freihandel zu bewahren, muss die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben werden. Nötig ist daher ein ehrgeiziger EU-Impuls für die WTO-Modernisierung sowie eine breite Koalition zum Erhalt der Streitschlichtung.

4. Energie und Klima

Integrierte Energiewende und marktwirtschaftlichen Klimaschutz technologieoffen vorangetrieben

Trotz der alles beherrschenden Corona-Pandemie und des dramatischen Wirtschaftseinbruchs sind im Jahr 2020 entscheidende Weichen im Bereich Energie und Klima gestellt worden. Die Verabschiedung der Wasserstoffstrategien der Bundesregierung und der EU, die eingeführte Bepreisung von CO₂ im Wärme- und Verkehrssektor, die Debatte um die Anhebung der Klimaziele und der Hochlauf klimafreundlicher Mobilität bestimmten die Agenda. Wir konnten einen weiteren Anstieg der Stromkosten und eine Explosion der EEG-Umlage verhindern und marktwirtschaftliche Elemente zum Kernstück europäischer und deutscher Strategien vor-



„Die Menschen schätzen die Kompetenz der Union bezüglich der Wirtschaftspolitik und der Sicherung der Arbeitsplätze überragend hoch ein. Sie trauen uns zu, dass wir Zukunft gestalten. Da freue ich mich auf den Dialog mit dem Wirtschaftsrat – heute, aber auch in den nächsten Wochen und Monaten.“

Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

antreiben. Damit Energiewende und Klimaschutz zum Motor für Wachstum und Innovation werden, hat der Wirtschaftsrat mit Nachdruck Lösungsansätze in die Politik getragen und dabei insbesondere folgende Erfolge erzielen können:

- EEG-Umlage gedeckelt und so einen Anstieg auf 9,7 Cent pro Kilowattstunde verhindert,
- technologieoffene Agenda in EU-Position des Wirtschaftsministeriums verankert, damit synthetische Kraftstoffe bei den Flottenzielen angerechnet werden,
- marktwirtschaftlichen Rahmen für eine integrierte Wasserstoffwirtschaft mit kombinierten Herkunfts- und Nachhaltigkeitsnachweisen in EU-Wasserstoffstrategie verankert,
- marktwirtschaftliche Mittel zum Kernstück der neuen Rohstoffstrategie gemacht und den Dreiklang aus heimischen, importierten und recycelten Rohstoffen sichergestellt,
- über die Einführung eines nationalen Emissionshandels für die Sektoren Wärme und Verkehr Klimaschutz marktwirtschaftlich gefördert und zugleich Planungssicherheit garantiert.

Auch 2021 wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, den staatlichen Anteil am Strompreis konsequent abzusenken, damit Preissignale ankommen und Anreize für Innovationen schaffen. Die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel tragen bereits zu einer Entlastung für Bürger und Unternehmen bei der EEG-Umlage bei. Das Einfrieren der EEG-Umlage mit Steuergeldern ist aber keine nachhaltige Lösung. Vielmehr gilt es nun, das EEG unter Bestandsschutz für Altanlagen auslaufen zu lassen und die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau abzusenken.

Gleichzeitig gilt es, eine echte Technologieoffenheit und Kosteneffizienz bei der Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzziele zu verankern und das CO₂-Preissignal weiter zu stärken. Hierzu ist es erforderlich, die Sektoren Wärme und Verkehr in einen sektorenübergreifenden europäischen Emissionshandel miteinzubeziehen. Dazu müssen Potentiale durch synthetische Kraftstoffe und CO₂-Abscheidung gehoben werden.

5. Verkehr und Infrastruktur

Wegmarken für eine moderne und klimafreundliche Mobilität gesetzt

Die verkehrspolitische Arbeit des Jahres 2020 war bestimmt durch das Entwickeln von Strategien für eine nachhaltige Mobilität zur Erreichung der Klimaschutz-



ziele 2030. Nachhaltig, das heißt für uns: effizient, verfügbar, sicher, bezahlbar, einfach, ressourcenschonend und klimafreundlich. Deutlich machte der Wirtschaftsrat dabei, dass hierfür ein Gesamtkonzept erforderlich ist, das sich nicht an populistischen Idealbildern, sondern an Realitäten orientieren und dem Grundsatz folgen muss: Ermöglichen statt Verbieten. Denn Mobilität ist nicht nur Treibstoff einer Volkswirtschaft, sie hat auch eine sozialpolitische Komponente. Wesentliche durch den Wirtschaftsrat flankierte Maßnahmen waren:

- Bis 2030 fließt die Rekordsumme von 86 Milliarden Euro in den Erhalt und die Modernisierung des bestehenden Schienennetzes. Damit werden Gleise und Bahnhöfe, Stellwerke und Energieversorgungsanlagen erneuert.
- Mit dem neuen Investitionsbeschleunigungsgesetz benötigen bestimmte Baumaßnahmen kein Planfeststellungsverfahren mehr. Auch kann bei überregional wichtigen Infrastrukturprojekten unmittelbar nach Genehmigung gebaut werden. Die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen oder Anfechtungsklagen entfällt.
- Damit notwendige Projektplanungen verstärkt und wichtige IT-Investitionen getätigt werden können, hat die ab 2021 startende Autobahn GmbH mehr Planungsmittel erhalten.
- Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung sieht explizit auch den Aufbau einer bedarfsgerechten, nicht nur nationalen, sondern auch europäischen Tankinfrastruktur zur Erleichterung grenzüberschreitender Verkehre mit Brennstoffzellenantrieb vor.
- Aus der Corona-Krise lernend wurde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Pandemie- und Notfallplan für den europäischen Güterverkehr entwickelt, um u. a. Abstimmungen zu vereinfachen und Lieferketten zu sichern.

Auch 2021 wird sich der Wirtschaftsrat engagiert für eine ideologiefreie Mobilitätspolitik mit einer Stärkung des Verkehrsnetzes aus Straßen, Schienen, Wasserwegen und Flughäfen einsetzen. Ein besonderer Fokus dabei wird auf der technologieoffenen Umsetzung des Klimaschutzprogramms im Verkehrssektor liegen. Daneben wird der Wirtschaftsrat Konzepte zur Sicherung der in die Krise geratenen Reise- und Luftverkehrswirtschaft entwickeln und sich mit den Perspektiven für den Stadtverkehr von morgen befassen. Die wettbewerbliche Situation der Schiene, die auskömmliche Finanzierung des ÖPNV in der Post-Corona-Zeit, aber auch der Aufbau der Autobahn GmbH des Bundes sollen weitere Schwerpunkte der verkehrspolitischen Arbeit sein.



„Wir fühlen uns dem Wirtschaftsrat und seinen Positionen sehr nah und sind dankbar, dass wir uns immer wieder austauschen und Themen gemeinsam vorantreiben können.“

Sebastian Kurz
Bundeskanzler der Republik Österreich

6. Bau und Wohnen

Initiativen für eine marktwirtschaftliche und nachhaltige Bau- und Wohnungspolitik gestartet

Die Herausforderungen in der Bau- und Wohnungspolitik sind vielfältig und groß: Die boomenden Ballungszentren benötigen bezahlbaren Wohnraum, die strukturschwachen Regionen die wirtschaftliche Sicherung des Bestands. Zugleich müssen in allen Regionen Wohnungen energetisch modernisiert und an die neuen Energieeffizienzvorgaben angepasst werden. Wohnen ist so zu der sozialen Frage unserer Zeit geworden. Umso fataler ist es, dass die Bildung von Wohneigentum, seit jeher Grundgedanke des Leistungsprinzips der Sozialen Marktwirtschaft und eine der solidesten Krisen- und Altersvorsorgemaßnahmen einer Gesellschaft, für breite Schichten der Bevölkerung kaum mehr möglich ist. Statt jedoch für eben diese Probleme tragfähige Lösungen zu entwickeln, sind die politischen Debatten geprägt vom emotionalen Aufladen der Themen rund um Miete, Modernisierung und Investitionen. Die politische Bilanz des Wirtschaftsrates in diesem grundsätzlich schwierigen Umfeld:

- Im Rahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes wird es neue Erleichterungen für das Bauen im Innen- und Außenbereich geben.
- Für das kommende Jahr wurde die lange geforderte Novellierung der Musterbauordnung beschlossen, um Bauvorhaben bundesweit zu beschleunigen.
- Gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnte ein Einlenken des Bundesbauministers beim eigentumsfeindlichen Umwandlungsverbot und eine Überarbeitung im Zuge der parlamentarischen Verfahren erreicht werden.



„Gesundheitspolitik, das ist Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichermaßen, das ist ein Aspekt Sozialer Marktwirtschaft im besten Sinne. Diese zu diskutieren und zu gestalten, dazu ist der Wirtschaftsrat ein guter Partner.“

Jens Spahn MdB
Bundesminister für Gesundheit



„Ich genieße es jedes Mal beim Wirtschaftsrat zu sein und mich mit seinen Mitgliedern auszutauschen.“

Dorothee Bär MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung

- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lässt mit einer Normenkontrollklage das Mietendeckelgesetz des Landes Berlin, das sich schon jetzt als Modernisierungsbremse erweist, durch das Bundesverfassungsgericht prüfen.
- Bei Wohnungseigentümer-Versammlungen sind von nun an die Online-Teilnahme und die elektronische Beschlussfassung zulässig.

Im anstehenden Bundestagswahljahr 2021 wird sich der Wirtschaftsrat besonders engagiert mit konkreten Konzepten einbringen, um breiteren Schichten der Bevölkerung Wohneigentum zu ermöglichen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die ehrgeizigen Klimaschutz- und Ressourceneffizienzziele zu erfüllen und damit die Gestaltung von lebenswerten Städten voranzutreiben. Mit einer bundesweiten Informationsoffensive soll zugleich aktiv dazu beigetragen werden, für die kommende Legislaturperiode eine „Kurswende.Wohnen“ zu erreichen.

7. Digitales

Digitale Transformation Deutschlands erfolgreich begleitet

Der Wirtschaftsrat hat die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) intensiv begleitet und sich für die Beschleunigung des Glasfaserausbau und der digitalen Infrastruktur vehement eingesetzt. Die TKG-Novelle wird damit einen wichtigen Beitrag zu einem besser vernetzten Deutschland leisten. Gleichzeitig hat sich der Wirtschaftsrat auch für eine Harmonisierung der IT-Sicherheitsgesetzgebung innerhalb Deutschlands und Europas stark gemacht. Mit großem Engagement wurde zudem die Erarbeitung des Entwurfs des zweiten IT-Sicherheitsgesetzes begleitet. Es konnte erwirkt werden:



„Ich tausche mich immer gerne mit dem Wirtschaftsrat aus, denn wir teilen viele Grundüberzeugungen. Gerade in der Krise brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft.“

Christian Lindner MdB

Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

- Der Ausbau digitaler Infrastruktur wird durch einen gesetzlich verankerten Zugang zu bestehender Leerrohrinfrastruktur von marktbeherrschenden Unternehmen beschleunigt.
- Mögliche Strafzahlungen bei Verstößen gegen Auflagen zur Cybersicherheit orientieren sich nicht wie ursprünglich geplant an der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), sondern fallen deutlich milder aus.
- Die Zentralisierung der Datenschutzaufsichtsbehörden ist im Gespräch, um eine deutschlandweit einheitliche Auslegung der DSGVO sicherzustellen.
- Die Nutzung der Steuer-ID als praktisch erprobte verwaltungsübergreifende Verwaltungs-ID, ein Vorschlag des Wirtschaftsrates, wird gesetzlich erlaubt.
- Das milliardenschwere Investitionspaket zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wird vorgezogen.

Im kommenden Jahr wird sich der Wirtschaftsrat für Maßnahmen einsetzen, die zur Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas beitragen. Folglich wird der Wirtschaftsrat weiter auf europaweite einheitliche IT- und Cybersicherheitsstandards sowie auf Ganzheitlichkeit in der Normung und Konformitätsbewertung pochen. Dabei stehen auch die Sensibilisierung von Cybersicherheitsthemen sowie die Stärkung Deutschlands als Cybersicherheitsstandort im Mittelpunkt. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsrat die ambitionierten Ziele für den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur überwachen. Bei der Realisierung der Verwaltungsmodernisierung wird der Wirtschaftsrat weiter auf eine zügige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes drängen.

8. Innovation

Mit Nachdruck vor zu starker KI-Regulierung gewarnt

Die Entwicklung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz ist auf ein innovationsfreundliches Umfeld angewiesen. Mit Entschlossenheit kämpft der Wirtschaftsrat gegen eine KI-spezifische Regulierung. Mehrfach hat sich der Verband für technologieneutrale Rahmenbedingungen eingesetzt. Wichtig ist dabei, zwischen Industrie- und Verbraucheranwendungen zu unterscheiden. Im B2B-Sektor besteht aufgrund umfangreicher Vorgaben kein zusätzlicher Regulierungsbedarf. Mit Erfolg hat sich der Wirtschaftsrat dafür eingesetzt, dass der Beteiligungsfonds mit Wagniskapital für Unternehmensgründungen an den Start gehen konnte. Des Weiteren konnte erreicht werden:



- Die Bundesregierung arbeitet auf Empfehlung des Wirtschaftsrates eine eigene Datenstrategie für Deutschland aus, die eine Voraussetzung für erfolgreiche KI-Anwendungen Made in Germany ist.
- Die KI-Strategie des Bundes wurde um den vom Wirtschaftsrat geforderten Wertschöpfungsaspekt von KI ergänzt.
- Mehr Risikokapital für die deutsche Gründerszene: Zwei Milliarden Euro aus dem Beteiligungsfonds sind für Zukunftstechnologien ausgeschüttet worden (insgesamt sind zehn Milliarden Euro vorgesehen).
- Um Deutschland als Innovationsstandort attraktiver zu machen, ist die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen angepasst worden.

Der Wirtschaftsrat wird sich 2021 weiter für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für KI einsetzen. Es muss sich ein KI-Ökosystem ohne gravierende staatliche Eingriffe entwickeln können. Daher kämpft der Wirtschaftsrat vor allem auf EU-Ebene gegen den geplanten KI-Regulierungsrahmen. Um den bürokratischen Aufwand für Start-ups so gering wie möglich zu gestalten, wird der Wirtschaftsrat für einen sogenannten One-Stop-Shop für Neugründungen werben: Eintragungen im Handelsregister, Anmeldungen beim Gewerbeamt und weitere Behördengänge müssen zusammengefasst und umfangreich digitalisiert werden.

9. Alterssicherung

Rentencockpit auf den Weg gebracht

Mehr Transparenz über die unterschiedlichen Vorsorgeansprüche ist entscheidend für eine zielgerichtete Ruhestandsplanung. Umso nachdrücklicher setzt sich der Wirtschaftsrat seit über zehn Jahren für eine digitale säulenübergreifende Renteninformation ein. Nun zahlt sich unsere Beharrlichkeit aus: Der Bundestag hat die Einrichtung eines digitalen Rentencockpits beschlossen, das eine Übersicht der erwartbaren gesetzlichen, betrieblichen und privaten Renten liefert. Der Wirtschaftsrat wird die Umsetzung des Gesetzes eng begleiten und darauf dringen, dass die säulenübergreifende Renteninformation nicht erst zum geplanten Starttermin 2023 steht, sondern bereits früher.

Eine realistische Vorausschau liefert den Menschen nicht nur den Kompass für ihre Altersvorsorge. Gleichzeitig nimmt sie den allermeisten Bürgern die unbegründete Angst, im Alter zum Sozialfall zu werden, und für die Jüngeren erhalten zusätzliche „Rentengeschenke“ hierdurch ein individuelles Preisschild. Populistischen Rentenkämpfen wird so ein Riegel vorgeschoben.



„Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon geben würde, wo es um das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen geht, wo Gesetze im Minutentakt verabschiedet werden, wäre dies die richtige Zeit, den Wirtschaftsrat zu gründen. Aber zum Glück haben wir ihn schon.“

Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion

Für eine Rentenpolitik, die möglichst vielen Älteren auskömmliche Einkommen im Ruhestand ermöglicht, ohne die Jungen zu überlasten, sind entscheidend:

- Langfristig die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung,
- Rückabwicklung teurer Rentengeschenke der Großen Koalition, insbesondere der Grundrente, der Rente mit 63 und der Mütterrente,
- Attraktivität der eigenverantwortlichen, kapitalgedeckten Alterssicherung, u. a. durch flexiblere Anlagemöglichkeiten der staatlich geförderten Altersvorsorge sowie eine Vereinfachung von Förderung und Administration verbessern.

Angesichts der Bevölkerungsalterung müssen wir dringend die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung entlasten und im Gegenzug die Eigenvorsorge für das Alter stärken. Hierfür wird sich der Wirtschaftsrat mit seiner Bundesfachkommission Arbeitsmarkt und Alterssicherung gerade im Wahljahr 2021 ganz besonders energisch einsetzen.

10. Gesundheit

Weichen für eine starke Gesundheitswirtschaft während und nach der Pandemie gestellt

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr deutlich die Stärken und Schwächen des deutschen Gesundheitswesens sowie die Notwendigkeit einer funktionsfähigen und modernen Gesundheitsversorgung aufgezeigt.



„Wir dürfen in Deutschland nicht nur diskutieren, wir müssen Entscheidungen treffen. Sonst drohen wir Vertrauen zu verlieren.“

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Präsident des Deutschen Bundestages



„Der Wirtschaftsrat ist eine wichtige Stimme für die CDU, wenn auch keine bequeme.“

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin für Verteidigung
und Parteivorsitzende der CDU Deutschlands

Hierfür muss es insbesondere bei der Digitalisierung noch einmal einen kräftigen Schub geben. Auch 2020 waren die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health sowie die Bundesarbeitsgruppen Krankenhaus und Pflege des Wirtschaftsrates wichtige gesundheitspolitische Impulsgeber. Zentrale Punkte konnten in die gesundheitspolitische Debatte eingebracht werden:

- Eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes wurde erreicht. Darüber hinaus ist es jedoch wichtig, ein funktionierendes Frühwarnsystem für mögliche künftige Pandemien zu etablieren, das den Zeitverzug zwischen einem bedrohlichen Ausbruch und wirkungsvollen Gegenmaßnahmen verkürzt.
- Den Krankenhäusern kommt in der Pandemie eine entscheidende Rolle zu. Deshalb hat sich der Wirtschaftsrat in der ersten Corona-Welle für wichtige Nachbesserungen im Krankenhausfinanzierungsgesetz eingesetzt sowie im weiteren Verlauf – abhängig vom jeweiligen Infektionsgeschehen – für eine Rückkehr zum Regelbetrieb.
- In die Eckpunkte für ein Digitalisierungsgesetz sind wichtige Forderungen wie der weitere Ausbau der Telemedizin und die weitere Integration von digitalen Gesundheitsanwendungen eingeflossen. Auch die Digitalisierung der Krankenhäuser wird mit einem Investitionsprogramm im Krankenhauszukunftsgesetz vorangetrieben.
- Die Verankerung des 40-Prozent-Beitragsziels in den sozialen Sicherungssystemen bis Ende 2021 ist ein wichtiger Erfolg. Um dieses Ziel jedoch längerfristiger



„Bei der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung bedarf es eines intensiven gesellschaftlichen Diskurses darüber, wie neue Herausforderungen gemeinsam bewältigt und sich daraus ergebende Chancen genutzt werden können. Die treibenden Faktoren der Digitalisierung sind Wirtschaft, Wissenschaft und die Verwaltung. Diese drei Komponenten müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Dazu bietet der Wirtschaftsrat den perfekten Rahmen.“

Volker Bouffier MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

einzuhalten, sind u. a. die Förderung von Wettbewerb im Gesundheitswesen und die Stärkung privater Vorsorge unabdingbar.

- Um Maßnahmen für eine hochwertige, effiziente und bezahlbare Pflege voranzubringen, hat der Wirtschaftsrat eine Arbeitsgruppe Pflege eingerichtet, die konkrete Reformvorschläge erarbeitet. Eine leistungsstarke und professionelle Pflege muss auf den Grundpfeilern einer soliden und gerechten Finanzierung, Innovation und Planungssicherheit ruhen.

Auch 2021 wird der Wirtschaftsrat die Gesetzgebung im Gesundheitswesen aktiv begleiten. Im Fokus stehen dabei u. a. die geplante Pflegereform, das Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege sowie das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung.

11. Ernährung

Leistungsfähigkeit der Ernährungswirtschaft in der Corona-Krise verdeutlicht, Lieferkettengesetz verhindert

Das Bundeskabinett hat gleich zu Beginn der Corona-Pandemie den Lebensmitteleinzelhandel und die Ernährungswirtschaft als systemrelevante Infrastruktur anerkannt. Unternehmen, die eine mit der Produktion, der Verarbeitung oder dem Vertrieb von Lebensmitteln zusammenhängende Tätigkeit ausüben, wurden zur „kritischen Infrastruktur“ gezählt. Diese Festschreibung war wichtig, um in der unübersichtlichen Anfangslage klare Botschaften zu setzen. Gleichwohl wurde auch die Ernährungswirtschaft von den Auswirkungen der Krise getroffen. Das gedämpfte und angstgetriebene Kaufverhalten von Teilen der Verbraucher, die schwache globale Nachfrage im Exportgeschäft, hohe Krankheitsstände von Arbeitnehmern, das Umsetzen von Abstands- und Hygienebestimmungen in den Verkaufsfilialen und Beschränkungen beim Import stellten die Branche vor enorme Herausforderungen. Die Bundesfachkommission hat daher in diesem Jahr deutlich häufiger als üblich in virtuellen Sitzungen zusammengefunden, um den politischen Entscheidungsträgern die Situation aus der Praxis zu schildern. Dabei sind folgende Dinge erreicht worden:

- Der Wirtschaftsrat hat schnell und unbürokratisch zwischen Wirtschaft und Politik bei Fragen rund um regionale coronabedingte Einschränkungen und Verbote vermittelt.
- Die Mitglieder der Bundesfachkommission haben gegenüber der Politik und der Bevölkerung kommuniziert, dass zu keiner Zeit Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln bestehen.



- In intensiven Gesprächen hat der Wirtschaftsrat erreicht, dass das Vorhaben eines nationalen Lieferkettengesetzes nicht wie geplant in einem Gesetzentwurf mündete.
- Den Unternehmen der Ernährungswirtschaft bleibt es überlassen, ob Lebensmittel mit einer wissenschaftlich umstrittenen farblichen Ampelkennzeichnung wie dem Nutri-Score gekennzeichnet werden. Eine zusätzliche Zwangsregelung konnte verhindert werden.

Im Jahr 2020 konnte die deutsche Ernährungswirtschaft ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Das kommende Jahr wird von den Themen nachhaltiger Ernährung, Ernährungsbildung, der Digitalisierung in der Land- und Ernährungswirtschaft und vom Erhalt der Biodiversität geprägt sein. Die Bundesfachkommission Handel, Ernährung, Verbraucherschutz wird den politischen Prozess auch zukünftig eng begleiten und sich dafür einsetzen, dass marktwirtschaftliche Freiräume und faire Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben, sodass die deutsche Ernährungswirtschaft weiterhin im internationalen Vergleich zu den ökonomisch starken und ökologisch nachhaltigen Spitzenreitern gehört.

12. Einzelhandel

Branchenunternehmen Unterstützung auf ihrem schwierigen Weg durch die Corona-Krise gewährt

Massive Umsatzrückgänge, erste Geschäftsschließungen, Kundenabwanderung zum Online-Handel: Die Corona-Pandemie hat den stationären Handel in eine nie dagewesene Krise gestürzt. In der Folge drohen auch vielen Innenstädten Leerstand und Funktionsverlust. Das Corona-Virus hat den ohnehin mitten im Strukturwandel stehenden deutschen Einzelhandel tief getroffen. Auf Basis der Empfehlungen der ihm angeschlossenen Branchenunternehmen begleitete der Wirtschaftsrat mit seiner jungen Bundesfachkommission Handel und Konsumgüter eine Reihe auch für den stationären Handel richtungsweisender politischer Entscheidungen:

- Nach langem Ringen sind die staatlichen Überbrückungshilfen auch für den Einzelhandel zugänglich gemacht worden. Bei entsprechenden Umsatzverlusten können somit auch die stationären Händler Hilfen bei der Deckung ihrer Betriebskosten erwarten.
- Im zweiten Corona-Steuerhilfegesetz ist eine Ausweitung des Verlustrücktrags der Höhe nach von eine auf fünf Millionen Euro vorgesehen. Daneben wird ein vorläufiger pauschalierter Verlustrücktrag eingeführt.



„Der Wirtschaftsrat hat einen klaren ordnungspolitischen Kompass. Gerade während der Corona-Pandemie ist er ein wertvoller Gesprächspartner.“

Armin Laschet Mdl
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

- Das verabschiedete Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs schützt bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht vor allem kleine Handelsunternehmen vor Abmahnmissbrauch.
- Ein großzügig bemessenes Förderprogramm „Digital Jetzt“ der Bundesregierung gewährt bis einschließlich 2023 KMU-Unternehmen finanzielle Zuschüsse zur Digitalisierung der Geschäftsprozesse.
- Die Bewilligung von 25 Millionen Euro für Investitionen in Zukunftskonzepte für Innenstädte könnte den Einstieg in einen vom Wirtschaftsrat vorgeschlagenen Innenstadtfonds bilden.

Das Jahr 2021 wird ganz im Zeichen der Entwicklung von Strategien zur Wiederbelebung des stationären Einzelhandels stehen. Zu diskutieren sind hier beispielsweise Lockerungen des Ladenschlussgesetzes, aber auch Vereinfachungen von Auflagen für Ladengeschäfte im Bau- und Ordnungsrecht. Damit der stationäre Einzelhandel handlungsfähig bleibt, muss er sich zudem der Konkurrenz des Onlinehandels stellen können. Dazu wird sich der Wirtschaftsrat im Zuge der anstehenden GWB-Novelle u. a. für eine kartellrechtliche Gleichbehandlung von stationärem und Online-Handel einsetzen.



„Dem Wirtschaftsrat bin ich dankbar für die fundierten Positionen auf dem Gebiet der europäischen Industrie-, Handels- und Finanzpolitik.“

Günther Oettinger
ehemaliger EU-Kommissar



Präsidium

Die Mitglieder des Präsidiums gehören gleichzeitig dem Bundesvorstand des Wirtschaftsrates an.



PRÄSIDENTIN

Astrid Hamker

Gesellschafterin und Mitglied des Beirates Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENT

Friedrich Merz

Rechtsanwalt



VIZEPRÄSIDENT

Prof. Hans Helmut Schetter

Vorsitzender Beirat
KAMMERDIENER PEEGUT
GRUPPE



SCHATZMEISTER

Dr. Henneke Lütgerath

Mitglied des Aktionärsausschusses
M.M.Warburg & CO
(AG & Co.) KGaA



Heinrich Baumann (†)

Geschäftsführender
Gesellschafter
Eberspächer Gruppe
GmbH & Co. KG



Paul Bauwens-Adenauer

Geschäftsführender
Gesellschafter
Bauwens GmbH & Co. KG



Wendelin von Boch

Vorsitzender
Gesellschafterausschuss
Villeroy & Boch AG



Dr. Nikolaus Breuel

Geschäftsführender
Gesellschafter
Karl-J. Kraus &
Partner GmbH



Sabine Christiansen

Geschäftsführerin
TV21 GmbH



Dr. Hugo Fiege

Gesellschafter
Fiege Logistik
Holding Stiftung & Co. KG



Renata Jungo Brünger

Mitglied des Vorstandes
Integrität und Recht
Daimler AG



Christian Klein

CEO
SAP SE



Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender des
Aufsichtsrates
UBS Europe SE



Joachim Rudolf

Geschäftsführer
Rudolf Lichtwerbung GmbH



Dr. Stefan Schulte

Vorsitzender
des Vorstandes
Fraport AG



Christian Sewing

Vorsitzender
des Vorstandes
Deutsche Bank AG



Wolfgang Steiger

Generalsekretär
Wirtschaftsrat
der CDU e.V.



Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender Parlamentskreis
Mittelstand, Mittelstands-
politischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Dr. Karsten Wildberger

Mitglied des Vorstandes
E.ON SE



Bettina Würth

Vorsitzende des Beirates
der Würth-Gruppe
Adolf Würth
GmbH & Co. KG



In beratender Funktion:

Günther H. Oettinger

ehemaliger EU-Kommissar



Bundesvorstand

Angela Aicher

CMO/
Unternehmenskommunikation
Max Aicher GmbH & Co. KG

Conrad Albert

Geschäftsführender
Gesellschafter
Ocean Peak
Asset Management GmbH

Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA
für Insolvenzrecht
Geschäftsführender
Gesellschafter
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

Frank Becker

Geschäftsführender
Gesellschafter
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

Dr. Ulrich Bittihn

Mitglied des Aufsichtsrates
Nagel-Group Verwaltungs-SE

Dr. Christian von Boetticher

Geschäftsführer
Peter Kölln GmbH & Co. KGaA

Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender
Gesellschafter
WOLFF & MÜLLER Holding
GmbH & Co. KG

Matthias Freiling

Geschäftsführender
Eigentümer
SKY Akademien

Dr. Rainer Gerding

Bundesgeschäftsführer
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Jan-Hendrik Goldbeck

Geschäftsführender
Gesellschafter
GOLDBECK GmbH

Frank Gotthardt

Vorsitzender des Vorstandes
CompuGroup Medical SE & Co.
KGaA

Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO
Asklepios Kliniken
GmbH & Co. KGaA

Alfons Hörmann

Präsident
Deutscher Olympischer
Sportbund

Karl Friedrich

Fürst von Hohenzollern
Unternehmensgruppe
Fürst von Hohenzollern

Wolfgang Holzhauser

Gesellschafter
Holzhauser KG

Petra Justenhoven

Mitglied der Geschäftsführung
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Johannes F. Kirchhoff

Managing Partner
KIRCHHOFF Group

Susanne Klöß

Sebastian Koepfel

Geschäftsführender
Gesellschafter
beckers bester GmbH

Mihajlo Kolakovic

Inhaber
Kolakovic & Partner
Personalberatung

Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender/VP
Materials Central Europe
CEMEX Deutschland AG

Dr. Rainhardt Freiherr von Leoprechting

Vorsitzender des Vorstandes
der Berufsgenossenschaft
Handel und Warenlogistik

Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführender
Gesellschafter
Conjuncta GmbH

Dieter Lorenz

Geschäftsführender
Gesellschafter
Habekost + Fichtner GmbH

Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner
MÖHRLE HAPP LUTHER
Partnerschaft mbH

Philipp Meyer

Gesellschafter
Geschäftsführer
Meyer Consulting
GmbH & Co. KG

Dr. Andreas Möller

Leiter Unternehmens-
kommunikation und Politik
TRUMPF GmbH + Co. KG

Dr. Michael Moeskes

Rechtsanwalt
Anwälte Am Dom

Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer
Canvas Solutions GmbH

Hildegard Müller

Präsidentin
Verband der
Automobilindustrie e.V. (VDA)

Burkhard Ober

Associate Partner
Hume Brophy

Aygül Özkan

Geschäftsführerin
ZIA Zentraler Immobilien
Ausschuss e.V.

Anja Osterloh

Geschäftsführende
Gesellschafterin
mod GmbH & Co. KG

Thorsten Pötke

Geschäftsführender
Gesellschafter
Entsorgungszentrum
Mecklenburg-Vorpommern GmbH

Dr. Lutz R. Raettig

Mitglied des Aufsichtsrates
Morgan Stanley Bank AG

Dr. Franz J. Ruder

Managing Director
Underberg AG

Joachim Rumstadt

Vorsitzender der
Geschäftsführung
STEAG GmbH

Dr. Thomas Schäfer MdL (†)

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen

Dieter Schmidt

Vorstand
Detlef Hegemann AG

Prof. Rolf Schnellecke

Aufsichtsratsvorsitzender
Schnellecke Group AG & Co. KG

Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer KSP GmbH
der LEAG-Unternehmensgruppe
Lausitz Energie Bergbau AG

Sven Schulz

Vorsitzender der
Geschäftsführung
Schulz Group GmbH

Detlev Seeliger

Geschäftsführender
Gesellschafter
MAPCO Autotechnik GmbH

Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin
Hessisches Ministerium
für Digitale Strategie und
Entwicklung

Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer
Rene S. Spiegelberger Stiftung

Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

Dr. Joachim von Schorlemer

Stellv. Vorstandsvorsitzender
ING-DiBa AG

Dr. Peter Wende

Partner
CMS Hasche Sigle
Partnerschaft von Rechtsanwälten
Steuerberater mbB

Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender
Gesellschafter
MAVEG mbH

Thomas Wolff

Geschäftsführender
Gesellschafter
wolcraft GmbH

Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender
Gesellschafter
Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH

Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

Dr. Philipp Brauksiepe

Rechtsanwalt/Steuerberater
Rund Gluth Jarosch und Partner

Marcus Ewald

Beiratsvorsitzender
The Sanity Group GmbH

Friederike Hagenbeck

Sarah Hagenkötter

Key Client Executive
Marsh GmbH

Dr. Sven Hildebrandt

Partner
DLC Distributed Ledger Consulting GmbH

Karl-Christian Lauk

Geschäftsführer
Axel Springer Teaser AD GmbH



Bundesfachkommissionen

Beirat Zukunft Europa



VORSITZ
Prof. Dr. Axel Weber
Verwaltungsratspräsident
UBS AG

■ Landesgeschäftsführer
Berlin-Brandenburg:
Marco Hahnfeld

Wissenschaftlicher Beirat



VORSITZ
Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld
Vorsitzender des
Sachverständigenrats
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung;
Präsident des Walter Eucken Instituts

■ Bundesgeschäftsführer:
Dr. Rainer Gerding

Beirat Familienunternehmen



VORSITZ
Prof. Rolf Schnellecke
Aufsichtsratsvorsitzender
Schnellecke Group AG & Co.KG

■ Bundesgeschäftsführer:
Dr. Rainer Gerding

Steuern



VORSITZ
Frank W. Grube
Mitglied des Vorstandes
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

STELLV. VORSITZ
Prof. Dr. Martina Baumgärtel
Chief Regulatory Advisor
Allianz SE

■ Referent: David Martens

Energiepolitik



VORSITZ
Dr. Karsten Wildberger
Chief Operating Officer
E.ON SE

STELLV. VORSITZ
Wolfgang Anzengruber
Vorsitzender des Vorstandes
VERBUND AG

Stephan Frense
Geschäftsführer
ARGE Netz GmbH & Co. KG

■ Referent: Jonas Heid

Arbeitsmarkt und Alterssicherung



VORSITZ
Hans Joachim Reinke
Vorstandsvorsitzender
Union Asset Management
Holding AG

STELLV. VORSITZ
Manfred Bauer
Mitglied des Vorstandes
MLP AG

Prof. Dr. Andreas Hackethal
Studiendekan
Fachbereich
Wirtschaftswissenschaften
Johann Wolfgang Goethe-Universität

■ Stellv. Leiter Wirtschafts-
und Gesellschaftspolitik:
Dr. Holger Fricke



Energieeffizienz



VORSITZ
Dr. Marc Andree Groos
 Geschäftsführer
 Vaillant GmbH

■ Referent: Jonas Heid

Bau, Immobilien, Smart Cities



VORSITZ
Michael Zahn
 Chief Executive Officer
 Deutsche Wohnen SE

STELLV. VORSITZ
Dr. Claus Lehner
 Vorsitzender der Geschäftsführung
 GBW Real Estate GmbH & Co. KG

Michael Lowak
 Vorstandsvorsitzender
 GETEC Wärme & Effizienz AG

■ Bereichsleiter: Thomas Friesecke

Internationaler Kreis



VORSITZ
Dr. Jürgen Geißinger
 Mitglied des Aufsichtsrates
 MTU Aero Engines AG

STELLV. VORSITZ
Frank Sportolari
 Generalbevollmächtigter
 United Parcel Service
 Deutschland Inc. & Co. OHG

■ Fachgebietsleiterin: Britta Vasters

Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



VORSITZ
Dr. Lutz Raettig
 Vorsitzender des Aufsichtsrates
 Morgan Stanley AG

STELLV. VORSITZ
Lutz Diederichs
 Chairman of the Group
 Management Board Germany
 BNP Paribas Group

■ Mitglied der Geschäftsleitung:
 Simon Steinbrück

■ Fachgebietsleiter:
 Maximilian Vollmer

Umwelt- und Klimaschutz



VORSITZ
Detlev Wösten
 Geschäftsführer und
 Chief Technology + Strategy Officer
 H&R GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ
Dr. Armin Eichholz
 Vorsitzender der Geschäftsführung
 MIBRAG Mitteldeutsche
 Braunkohlengesellschaft mbH

Frank Schulz
 Vice President und CEO
 ArcelorMittal Germany
 Holding GmbH

■ Referent: Jonas Heid

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



VORSITZ
Dr. Werner Kook
 Generalbeauftragter
 Rhenus SE & Co. KG/
 Rethmann SE & Co. KG,
 Vorstand Niederheinische
 Verkehrsbetriebe AG NIAG

STELLV. VORSITZ
Dr. Stefan Kurrle
 Vorsitzender des Beirates
 Fiege Logistik Holding Stiftung & Co. KG

Frank M. Schmid
 Geschäftsführer
 Schmid Mobility Solutions GmbH

■ Bereichsleiter: Thomas Friesecke



Bundesfachkommissionen

Gesundheitswirtschaft



VORSITZ
Dr. Birgit König
 Geschäftsführerin
 Allianz Digital Health

STELLV. VORSITZ
Christian Molt
 Mitglied des Vorstandes
 ERGO Deutschland AG

■ Fachgebietsleiterin:
 Annika Herzner

Digital Health



VORSITZ
Dr. Frank Wartenberg
 President Central Europe
 IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

STELLV. VORSITZ
Annabritta Biederbick
 Mitglied der Vorstände
 Debeka Versicherungen

Bernd Christoph Meisheit
 Geschäftsführer
 Sana IT Services GmbH

Dr. Eckart Pech
 Vorstandsmitglied
 CompuGroup Medical

■ Fachgebietsleiterin:
 Annika Herzner

Innovationsforum



Dr. Ulrich Störk
 Sprecher der Geschäftsführung
 PricewaterhouseCoopers GmbH
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

■ Fachgebietsleiter:
 Bernd Roschnik

Handel, Ernährung, Verbraucherschutz



VORSITZ
Thomas Kyriakis
 Vorstand
 Schwarz Zentrale Dienste KG

STELLV. VORSITZ
Marc-Aurel Boersch
 Vorsitzender des Vorstandes
 Nestlé Deutschland AG

Markus Mosa
 Vorsitzender des Vorstandes
 EDEKA ZENTRALE AG & Co. KG

■ Fachgebietsleiter:
 Christian Forster

Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0



VORSITZ
Markus Rolf Ochsner
 Vorsitzender des Vorstandes
 ABB Deutschland

STELLV. VORSITZ
Rainer Hundsdörfer
 Vorsitzender des Vorstandes
 Heidelberger Druckmaschinen

■ Fachgebietsleiter:
 Bernd Roschnik

Internet und Digitale Wirtschaft



VORSITZ
Florian Roth
 Chief Information Officer
 SAP SE

STELLV. VORSITZ
Tanja Böhm
 Mitglied der Geschäftsleitung
 Microsoft Berlin

■ Fachgebietsleiter:
 Rolli Vogel

Handel und Konsumgüter



Dr. Alexander von Preen
 Vorsitzender des Vorstandes
 INTERSPORT Deutschland eG

■ Bereichsleiter:
 Thomas Frießecke



Bundesarbeitsgruppen

Staatsfinanzen



Eckhardt Rehberg MdB
Haushaltspolitischer Sprecher
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Referent:
David Martens

Rohstoffpolitik



VORSITZ
Volker Backs
Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Hydro Aluminium Deutschland GmbH

Referent: Robin Reh

Energie für Mobilität



VORSITZ
Dr. Frank Hiller
Vorstandsvorsitzender
DEUTZ AG

Referent: Robin Reh

Krankenhausreform



VORSITZ
Kai Hankeln
Konzerngeschäftsführer/CEO
Asklepios Kliniken

STELLV. VORSITZ
Stephan Hauschild
Mitglied der Geschäftsleitung
Leitung Key Account Management
Gesundheitswesen
Jüttner Orthopädie KG

Fachgebietsleiterin:
Annika Herzner

Pflege



VORSITZ
Daniel Schuster
Geschäftsführer
ProCurand Unternehmensgruppe

STELLV. VORSITZ
Arno Schwalie
Vorsitzender des Vorstandes
Korian Deutschland AG

Referent: Markus Schäfer

Private Altersvorsorge



VORSITZ
Ralf Berndt
Vorstand
Stuttgarter
Lebensversicherung a.G.

Stellv. Leiter Wirtschafts-
und Gesellschaftspolitik:
Dr. Holger Fricke

Medienwirtschaftspolitik



VORSITZ
Thomas Dittrich
Geschäftsführender Gesellschafter
Europäische Medien-
und Business-Akademie

STELLV. VORSITZ
Martin Moszkowicz
Vorsitzender des Vorstandes
Constantin Film AG

Fachgebietsleiter:
Rolli Vogel

Cybersicherheit



VORSITZ
Prof. Timo Kob
Vorstand
HiSolutions AG

STELLV. VORSITZ
Paul Kaffsack
Geschäftsführer
Myra Security GmbH

Uwe Probst
Managing Partner
Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Referent: Bastian Harth

Gigabit-Gesellschaft



VORSITZ
Michael Jungwirth
Mitglied der Geschäftsleitung
Vodafone GmbH

Referent: Bastian Harth



Bundesarbeitsgruppen

Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



VORSITZ

Marc Reinhardt

Mitglied der Geschäftsführung
Head of Public Sector and Health
Capgemini

STELLV. VORSITZ

Christian Bertmann

Managing Director
Accenture GmbH

■ Bereichsleiter:

Thomas Friesecke

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



VORSITZ

Marco R. Fuchs

Vorstandsvorsitzender/CEO
OHB SE

STELLV. VORSITZ

Alexander Reinhardt

Vorstandsbeauftragter für Politik-
und Regierungsangelegenheiten
Airbus

■ Landesgeschäftsführer

Berlin-Brandenburg:
Marco Hahnfeld

Bundesgeschäftsführung



Wolfgang Steiger
Generalsekretär
und Mitglied
des Präsidiums



Dr. Rainer Gerding
Bundesgeschäftsführer
und Mitglied
des Bundesvorstandes



Klaus-Hubert Fugger
Geschäftsführer
Presse und
Kommunikation



Florian Graf
Geschäftsführer
Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik



Iris Hund
Geschäftsführerin
Finanzen und Controlling



Dirk Kappenhagen
Geschäftsführer
Personal, Organisation und IT

Mitglied der Geschäftsleitung



Simon Steinbrück
Finanz- und
Währungspolitik



Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

DIE WELT

1. Januar 2020

„Der Ausblick ist nicht mehr die Normalisierung der **Geldpolitik**, sondern die Perpetuierung des Ausnahmezustands“, sagte Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

21. Januar 2020

„Es ist überfällig, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode angesichts einer gut gefüllten Haushaltskasse und zudem noch hoher Rücklagen der **Sozialversicherungen** mehr als nur minimale Entlastungen beschließt“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

23. Januar 2020

„Klar ist auf jeden Fall, dass die **Grundrente** ohne solide Kostenschätzung auf keinen Fall verabschiedet werden darf“, betonte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

DIE WELT | 23.01.2020

Steinkohlekraftwerke entschädigungslos vom Netz zu nehmen, werfe „beim Thema Versorgungssicherheit ungeklärte Fragen auf“, erklärte der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

28. Januar 2020

Der **Soli** müsste noch rückwirkend zum 1. Januar 2020 abgeschafft werden, weil auch der Solidarpakt ausgelaufen ist. Das wäre ein besonders starkes psychologisches Signal für den Investitionsstandort Deutschland, unterstrich Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

4. Februar 2020

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, sagte zum Thema staatlich verordnete **Mindestpreise**: „Es bleibt dabei: Der Schlüssel liegt bei den Verbrauchern. Sie entscheiden, was letztlich in den Einkaufskörben landet: Bioprodukte, die Erzeugnisse der Premiumhersteller oder die Eigenmarken der Handelsunternehmen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

11. Februar 2020

Generalsekretär Wolfgang Steiger sagte in einem allgemein gehaltenen Statement zum Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer vom CDU-Vorsitz: „Jetzt sollte ein **breites inhaltliches Angebot** entwickelt werden. Von erheblicher strategischer Bedeutung ist dabei ein starkes Team, mit dem die CDU ihre Mitglieder wieder begeistern und motivieren kann.“ Der Vizepräsident des Wirtschaftsrates, Friedrich Merz hielt sich bedeckt.

B.Z.

14. Februar 2020

Die Explosion der **Stromkosten** sei nicht nur für Unternehmen gefährlich, sondern werde auch „immer mehr zum sozialen Problem“, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

WELT am Sonntag überregional

16. Februar 2020

Schützenhilfe bekommen die Wärmeproduzenten vom Wirtschaftsrat: „Im Fokus der **Wasserstoffstrategie** sollte nicht Ordnungsrecht mit Quoten und staatlichen Detailvorgaben für verschiedene Sektoren stehen, sondern der Aufbau eines marktwirtschaftlichen Rahmens für eine integrierte Wasserstoffwirtschaft“, sagte Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

28. Februar 2020

Die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen müsse „als Erfüllungsoption zur Erreichung des **Erneuerbaren-Energien-Ziels** am Endenergieverbrauch des Verkehrssektors“ anerkannt werden, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

17. März 2020

Auch von den Frauen aus der Union ist bislang keine öffentliche Unterstützung für die **Frauenquote** gekommen. Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, bezeichnet die Quote als „eine Gängelung der Wirtschaft und der Frauen“.

Hamburger Abendblatt

19. März 2020

In der Corona-Krise fordert der Wirtschaftsrat eine sofortige Halbierung der **Stromsteuer** zur Entlastung von Unternehmen. Dies sei möglich. Deutsche Unternehmen und Verbraucher zahlten ohnehin die höchsten Strompreise in Europa, so Generalsekretär Wolfgang Steiger.

dpa

20. März 2020

Der Wirtschaftsrat hat die Bundesregierung aufgefordert, den Unternehmen während der Corona-Krise die **Sozialversicherungsbeiträge** zu stunden. Generalsekretär Wolfgang Steiger sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Ende März und Ende April werden die Sozialversicherungsbeiträge für alle Arbeitgeber fällig. Nach Einstellen der Wirtschaftstätigkeit in vielen Branchen kann diese Überweisung schon zu Insolvenzen führen.“

Presse Augsburg

25. März 2020

Statt Betriebe einfach zu verstaatlichen, soll die Regierung auf eine **Kreditfondslösung** mit einer Mischung aus staatlichem und privatem Kapital bei Beteiligungen setzen, fordert der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger. Der Staat habe mit seinen Beamten nicht ausreichend Fachwissen, um viele Unternehmensbeteiligungen zu steuern.



Handelsblatt

8. April 2020

„Deutschland braucht eine offizielle Liste strategischer Bereiche, systemrelevanter Unternehmen und Produkte auf europäischer sowie Bundesebene, um für zukünftige Krisen und Pandemien die **Lieferkettensicherheit** für diese wichtigen Bereiche zu gewährleisten“, hieß es in einem Positionspapier des Wirtschaftsrats, das dem Handelsblatt vorlag.

AFP

14. April 2020

„Da wird von Ihnen in schwerster Zeit – wieder einmal – Ihr wichtiges Amt statt zur Ermutigung für **politische Botschaften missbraucht**“, zitierte das Portal „Focus Online“ aus einem Brief der Präsidentin des Wirtschaftsrats, Astrid Hamker, an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm.

dpa

20. April 2020

„Eine Anhebung des **Kurzarbeitergeldes** würde in dieser Situation ein unkalkulierbares finanzielles Risiko darstellen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

30. April 2020

Der Wirtschaftsrat beschreibt in einem 10-Punkte-Plan eine **Exit-Strategie**. Die Verlustverrechnung ist dabei ein zentraler Punkt. „Um die Liquidität der Unternehmen zu stärken und Zahllasten infolge der Besteuerung vergangener Jahre zu reduzieren, müssen die Regeln des Verlustrücktrags bei Einkommen- und Körperschaftsteuer modernisiert werden.“

dpa

3. Mai 2020

Der Bund darf sich nach Auffassung des Wirtschaftsrates nur vorübergehend an der kriselnden **Lufthansa** beteiligen. „Die Hilfen des Staates sind für die schnelle Überwindung der Krisen vorgesehen“, zitierte die dpa Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Augsburger Allgemeine

6. Mai 2020

Die Warnungen und Leitplanken des Bundesverfassungsgerichts müssten jetzt auch zu einem Umdenken führen, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. Die EZB, so Wolfgang Steiger, besitze nicht das Mandat und auch nicht die demokratische Legitimierung, „die Europäische Union in eine **Schuldunion** zu führen“.

AFP

18. Mai 2020

Damit der Einzelhandel nach der Krise wieder auf die Beine komme und die Innenstädte nicht dauerhaft verödeten, müssten „großzügige Ausnahmeregelungen“ vom **Ladenschlussgesetz** geschaffen werden, fordert Generalsekretär Wolfgang Steiger. Denkbar seien verlängerte Öffnungszeiten oder auch mehr verkaufsoffene Sonntage.

dpa

24. Mai 2020

Der Wirtschaftsrat hat die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene stärker für die Wiederherstellung von **Lieferketten** einzusetzen. „Geldverteilen allein und horrenden Summen für das Schaufenster sind noch kein Zukunftskonzept“, kritisierte Präsidentin Astrid Hamker.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

25. Mai 2020

Mit den Themen „Nullzins“ und „Rekordverschuldung“ beschäftigen sich der Generalsekretär Wolfgang Steiger und das Mitglied der Geschäftsleitung des Wirtschaftsrates, Simon Steinbrück, in einem Buch mit dem Titel „Der perfekte Sturm?“. Es beschreibt „marktwirtschaftliche Radikalsünden“ und „ordnungspolitische Irrwege“, und übt auch **Kritik an der Politik der Europäischen Zentralbank**.

Rheinische Post

30. Mai 2020

Der Wirtschaftsrat hat vor dem Hintergrund der geplanten Milliarden-Staatshilfen für die **Deutsche Bahn** deren Vorstandschef Richard Lutz für Äußerungen über Konkurrenz-Unternehmen kritisiert. Wenn der Branchenprimus Bahn den exklusiven Schutz des Steuerzahlers genieße, sei das ein wettbewerbsverzerrenden Akt, sagte Wolfgang Steiger der Rheinischen Post.

Hamburger Abendblatt

10. Juni 2020

„Die **Senkung der Mehrwertsteuer** ist ein Kernstück des Konjunkturpakets, die bis drei Monate nach Zulassung eines Impfstoffs in Kraft bleiben sollte“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates.

WirtschaftsWoche

17. Juni 2020

Der Wirtschaftsrat kritisiert, die geplante Schaffung eines **Unternehmensstrafrechts** gängele die gesamte Privatwirtschaft mit neuen bürokratischen Auflagen wegen der Vergehen Einzelner. „In einer Zeit, in der die Wirtschaft massiv mit den Folgen der Coronakrise zu kämpfen hat, ist das das denkbar schlechteste Signal, das die Politik senden kann“, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

19. Juni 2020

„Wenn die Union immer noch für eine Politik steht, die **Eigentumsbildung** ermöglicht und nicht verhindert, sollte die CDU/CDU-Bundestagsfraktion Minister Seehofer stoppen“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, dem Handelsblatt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

29. Juni 2020

„Kein Mensch würde einerseits riesige **Schulden** machen und gleichzeitig eine vorhandene hohe Rücklage nicht angreifen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger der FAZ zum Thema Flüchtlingsreserve im Bundeshaushalt.



DIE WELT überregional

29. Juni 2020

„Deutschland müsste mit seiner grundsätzlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Grundorientierung eigentlich auf Seiten der ‚sparsamen Vier‘ stehen“, zitierte das Blatt Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Wirtschaftswoche

17. Juli 2020

Bürokratieabbau sei „ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif“, sagte Präsidentin Astrid Hamker. „Gerade jetzt sollte beim Thema Bürokratie deshalb gelten: Weniger ist mehr! Die Abschaffung von überflüssigen Regelungen und Statistikpflichten, die Beschränkung auf einfachere Verfahren, die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen kosten den Staat selten Geld, machen sich aber bezahlt.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

22. Juli 2020

„Es hat nichts mit wirtschaftspolitischem Nationalismus oder Europafeindlichkeit zu tun, wenn **Transfers von Steuergeldern** von Nord nach Süd verantwortungsvoll genutzt werden“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

24. Juli 2020

Der Wirtschaftsrat schlug Alarm und verlangte etwa, „dass die **EU-Restrukturierungsrichtlinie** nun schnellstmöglich und nicht erst 2021 umgesetzt wird“. Die Richtlinie sieht vor, dass kriselnde Firmen die Möglichkeit bekommen müssen, sich außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens zu sanieren. Ein formelles Insolvenzverfahren, wie es letztlich auch unter einem Schutzschirm der Fall ist, würde so verhindert.

BILD

29. Juli 2020

„**Werkverträge** sind eine entscheidende Säule unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, die nicht leichtfertig abgeschafft werden sollten“, sagte Präsidentin Astrid Hamker.

Handelsblatt

6. August 2020

„Der Klimaschutz ist eine politische Aufgabe. Dafür hat die **Europäische Zentralbank** kein Mandat“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

11. August 2020

Inmitten der Diskussion über eine Verlängerung der Corona-Hilfen für die Wirtschaft wirbt der Wirtschaftsrat für ein Konjunkturprogramm der anderen Art: den **Abbau von bürokratischen Hürden**.

dpa

26. August 2020

Grundsätzlich positiv zu einer **digitalen Rentenübersicht** äußerte sich der Wirtschaftsrat der CDU, mahnte aber: Das System solle von einem neutralen Anbieter bereitgestellt werden. „Eine solche Stelle darf keine eigenen Interes-

sen verfolgen und muss unabhängig von jeder politischen Einflussnahme ihre Daten erstellen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Wirtschaftswoche

28. August 2020

Die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft müssen wieder gestärkt werden. Auch „Europa gilt es wetterfest und zukunftssicher zu machen“, mahnte Präsidentin Astrid Hamker. Für sie bedeutet das für den **EU-Wiederaufbaufonds** mehr Kredite und weniger Zuschüsse.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

31. August 2020

Generalsekretär Wolfgang Steiger sprach gegenüber der Zeitung von „Gift in der aktuellen Konjunkturlage“ und wies darauf hin, dass höhere **Einkommenssteuersätze** nicht nur wohlhabende Privatpersonen träfen.

Wirtschaftswoche

11. September 2020

„Vieles an der Rettungspolitik der Bundesregierung war richtig, aber beileibe nicht alles gut. In der **Steuerpolitik** muss sich die Große Koalition dringend einen Ruck geben – sonst droht unseren Unternehmen doch noch ein bitteres Ende“, schrieb Präsidentin Astrid Hamker in einem Gastkommentar.

DIE WELT

14. September 2020

„In Zeiten der Corona-Pandemie brauchen die Unternehmen in Deutschland im Bundeswirtschaftsministerium einen Anwalt für ihre Sorgen und keinen Vordenker eines schwarz-grünen Koalitionsvertrages“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, gegenüber „Die Welt“. „Gerade kleine und mittelständische Unternehmer verspüren in vielen Branchen gerade die pure Existenzangst“, so Wolfgang Steiger. Der Wirtschaftsrat wirft Altmaier vor, mit seinem **Klimaplan** den Grünen nachzueifern.

Augsburger Allgemeine

17. September 2020

Nach Einschätzung des Wirtschaftsrates müssen Unternehmen, die insolvenzrechtlich überschuldet sind, weil sie vor allem Corona-Hilfen in Anspruch genommen haben, Zugang zum **Restrukturierungsverfahren** bekommen. „Der vereinfachte Nachweis über die Zugangsberechtigung sollte bei kleinen Betrieben durch einen Steuerberater und bei großen Firmen durch einen Wirtschaftsprüfer erfolgen können“, forderte Wolfgang Steiger.

DIE WELT

19. September 2020

„Gerade kleine und mittelständische Unternehmer verspüren in vielen Branchen die pure Existenzangst“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Deshalb wäre es geboten, den Fokus auf **wirksame Hilfen** zu legen anstatt jetzt auch noch für jedes einzelne Jahr planwirtschaftliche Klimaziele festzuschreiben.“



Passauer Neue Presse

6. Oktober 2020

„Es kann nicht sein, dass wir angesichts des erst uns noch ab 2025 mit voller Wucht treffenden demografischen Wandels jetzt unseren Kindern und Enkeln noch weitere Milliarden neue Schulden auf die Schultern legen“, warnte Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats. Spahn presche in einer Zeit mit einer sehr teuren **Pflegereform** vor, in der der Bundeshaushalt bereits durch die Corona-Krise massiv belastet sei.

Handelsblatt

7. Oktober 2020

Entscheidend sei es, eine sektorübergreifende, möglichst globale **CO₂-Bepreisung** anzustreben. Sie ermögliche „bei gleichzeitiger Rückführung von Markthemmnissen und politischen Interventionen, den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum in eine emissionsfreie Richtung zu lenken“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger dem Blatt.

ARD Tagesschau

12. Oktober 2020

„Die Zeit für ein reformiertes **Insolvenzrecht**, das Transparenz schafft, zerrinnt – aber das Bundesjustizministerium nimmt es nicht ernst“, kritisierte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Informationsdienst KNA

28. Oktober 2020

Der Wirtschaftsrat hat sich gegen ein eigenes deutsches **Lieferkettengesetz** im nationalen Alleingang gewandt. „Dieses Gesetz ist realitätsfern und ein falsches Signal in der Krise“, erklärte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Aus der Initiative spreche ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen, weil es pauschal unterstellt, dass unsere Unternehmen Zulieferungen aus trüben Quellen beziehen würden“.

WELT am Sonntag

1. November 2020

Der Wirtschaftsrat stemmt sich gegen die Regulierungspläne der Europäischen Union: „Der Wirtschaftsrat Deutschland lehnt den geplanten **KI-Regulierungsrahmen** wegen der fehlenden Technologieneutralität ab“, heißt es in einem Positionspapier, das WELT AM SONNTAG vorliegt. „In der derzeit geführten Debatte stehen vor allem die Risiken im Vordergrund und nicht die enormen Chancen, die KI als Schlüsseltechnologie für neues Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand bietet“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats.

dpa

11. November 2020

Präsidentin Astrid Hamker warnte gegenüber der Agentur vor Belastungen etwa durch eine Verschärfung des **Unternehmensstrafrechts** oder durch ein Gesetz zur Einhaltung von Menschenrechtsstandards bei weltweiten Lieferketten. Dies sei nicht praktikabel und würde viele Firmen überlasten.

DIE WELT

23. November 2020

„Anders als der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, suggeriert, helfen Europa und Italien keine Wunderlösungen. Vielmehr müssen solche Forderungen eine Warnung sein, die bisherige **Rettungspolitik** in Europa grundlegend zu hinterfragen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

23. November 2020

„Stirbt der **Handel**, sterben unsere Innenstädte“, veröffentlichte das Handelsblatt ein Zitat von Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Süddeutsche Zeitung

5. Dezember 2020

Generalsekretär Wolfgang Steiger betonte, das neuerliche Hilfspaket für TUI müsse die absolute Ausnahme bleiben. Er warnte vor „**Wettbewerbsverzerrungen** gegenüber kleineren mittelständischen Tourismusunternehmern“.

BILD

7. Dezember 2020

Der einflussreiche Wirtschaftsrat der CDU e.V. beklagt den Anstieg der Corona-Infektionen bei **Risikogruppen** als „Haupttreiber für Todesfälle“. Die Entwicklung sei „besorgniserregend“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger zu BILD.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

9. Dezember 2020

Der Wirtschaftsrat warnte vor einer „**verkappten Pflicht zur gesetzlichen Rente**“. „Die Kriterien dafür dürfen unter keinen Umständen so eng gefasst sein, dass Selbständige de facto in die gesetzliche Rentenversicherung gezwungen werden“, sagte Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger der Zeitung.

Augsburger Allgemeine

12. Dezember 2020

Der Wirtschaftsrat will die bestehende Förderung auf Läden übertragen. „Muss der Handel aufgrund staatlicher Vorgaben tatsächlich schließen, muss auch er – unabhängig von der Unternehmensgröße – vom Zugang zu den **Hilfsprogrammen** nicht weiter ausgenommen bleiben“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger der Augsburger Allgemeinen. Er sprach sich allerdings dafür aus, das „Gießkannenprinzip“ bei der Ausschüttung zu beenden. Weitere Leistungen sollten sich „zumindest an den Netto-Fixkosten der Unternehmen orientieren“.

REUTERS

14. Dezember 2020

Der Wirtschaftsrat kritisierte die Pläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. „Mitten in der Corona-Krise erneut einen **Mindestlohn** von zwölf Euro ins Spiel zu bringen, ist angesichts der drohenden Pleitewelle in Deutschlands Wirtschaft schlicht verfehlt“, erklärte der Verband.

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Dr. Rainer Gerding, Klaus-Hubert Fugger

Bearbeitung:

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

Herstellung:

STEINBACHER DRUCK GmbH

Bildnachweis:

Titelbild: Jens Schicke. ABB (S. 16); <http://www.andreas-scheuer.de/presse> (S. 5); Bauwens GmbH & Co. KG (S. 12); Bildkraftwerk (S. 14); BKA Österreich/Jakob Glaser (S. 7); BMG (S. 7); BPA/Steffen Kugler (S. 4); Bundesregierung/Jesco Denzel (S. 8); Bundestag/Achim Melde (S. 17); Laurence Chaperon (S. 4 - 6, 10, 11); Daimler AG (S. 12); Deutsche Bank/Mario Andreyra (S. 12); Deutsche Wohnen/AP Fotografie (S. 15); DEUTZ AG (S. 17); Eberspächer (S. 12); E.ON SE/Martin Leclair (S. 12, 14); Europäische Kommission (S. 11); Fraport AG (S. 12); H&R GmbH & Co. KGaA (S. 15); HiSolutions AG (S. 17); Hydro Aluminium Deutschland GmbH (S. 17); INTERSPORT Deutschland eG (S. 16); Nell Kilius (S. 11); David Knipping (S. 15); Hessische Staatskanzlei/Tobias Koch (S. 10); Tobias Koch (S. 6); Christian Lindner 2020 (S. 9); M.M. Warburg & Co. (AG & Co.) KG (S. 12); privat (12, 15, 17); PricewaterhouseCoopers GmbH (S. 16); ProCurand Unternehmensgruppe (S. 17); IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG (S. 16); SAP SE (S. 12, 16); Jens Schicke (S. 3 - 22); Schwarz Gruppe (S. 16); Christian Freiherr von Stetten MdB (S. 10, 12); Union Asset Management (S. 12); Vodafone (S. 17); Adolf Würth GmbH & Co. KG (S. 12)

Stand:

Dezember 2020



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Luisenstraße 44 | 10117 Berlin
TELEFON 030 . 2 40 87 – 0
TELEFAX 030 . 2 40 87 – 4 05
INTERNET www.wirtschaftsrat.de
EMAIL info@wirtschaftsrat.de